

Hochschul- und Regionalpolitik zusammen denken

Die Relevanz von Studierenden für die demografische Entwicklung

Gerd Grözinger
Flensburg

1. Hochschulen und Demografie

Die Bevölkerungsprognosen für Deutschland zeigen ein tief gespaltenes Land und dies weitgehend entlang der alten innerdeutschen Grenze. Bis 2035, so der aktuell übliche Zeitraum für Vorhersagen, werden im Westen zumeist nur mäßige Bevölkerungsabnahmen und in nicht wenigen Ballungsbieten sogar Zunahmen zu erwarten sein. Im Osten dagegen wird, mit Ausnahme des Großberliner Raums, fast überall mit scharfen Rückgängen kalkuliert. Darin decken sich die schon etwas älteren Ergebnisse des staatlich getragenen Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Schlömer/Bucher/Hoymann 2015) mit den jüngeren eines unabhängigen Forschungsinstituts (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2019). Neuere Entwicklungen, Stichwort Zuzug von Geflüchteten, dürften zwar das Gesamtniveau der Bevölkerungsentwicklung positiv beeinflussen (Bräuninger/Teuber 2016), aber die regionale Ost-West-Scheidung ist davon nicht betroffen.

Laut der aktuellsten Prognose, im Auftrag des Berlin-Instituts vom CIMA Institut für Regionalwirtschaft erstellt, müssen von 2017–2035 nicht weniger als 23 Landkreise/Städte mit einem Rückgang ihrer Bevölkerung von jeweils über 20 Prozent rechnen. Sie liegen alle in den östlichen Bundesländern. Erst ab Rangplatz 40 (von 401 Kreisen/Städten insgesamt) tauchen dann hin und wieder auch einzelne westdeutsche Regionen auf, diese liegen aber zumeist auch an der alten Zonengrenze. Noch dramatischer ist das Bild, wenn auf die Entwicklung der arbeitsfähigen Bevölkerung geschaut wird. Für die Gruppe der hochproduktiven 30- bis 45jährigen etwa werden in mehreren Ost-Regionen Spitzenwerte von über minus 50 Prozent erwartet, und man muss bis Rangplatz 66 warten, bis hier das erste West-Gebiet in der Liste erscheint.

Können Hochschulen als Standortfaktor etwas zur Abmilderung des drastischen demografischen Wandels beitragen? Das ist eine in der Wissenschaft eher selten gestellte Frage. Wenn es um die räumliche Bedeu-

tung des Tertiärsektors geht, dann liegt der Fokus fast immer entweder auf ihrer Rolle im regionalen Innovationsprozess (Fritsch et al. 2007), oder es wird in statischen Settings die Nachfrage- und Beschäftigungsrelevanz berechnet, z.B. welche Effekte die Berliner Universitäten für die lokale Wirtschaft aufweisen (DIW econ 2013). Nur eine Arbeit hat sich in jüngerer Zeit mit dem Zusammenhang von regionaler Bevölkerungsdynamik und Hochschulentwicklung befasst. In einem Beitrag zu einem Sammelband, der passenderweise „Schrumpfende Regionen – dynamische Hochschulen“ betitelt wurde, haben Regionalökonominnen diesen Zusammenhang analysiert und dabei die Situation im Osten besonders in den Blick genommen (Fritsch/Piontek 2015).

Das Ergebnis dieser Arbeit liest sich ernüchternd. Die dort berechneten räumlichen Korrelationen zwischen der Bevölkerungs- und der Studierendenentwicklung lassen keinen positiven Zusammenhang erkennen. Dies wird letztlich mit einer hohen Mobilität der Studierenden erklärt. Die Autoren postulieren sogar:

„Steht die ausbildungs- bzw. versorgungsorientierte Strategie im Vordergrund, so wäre – sofern sich die Prognosen der Studierendenzahlen als zutreffend erweisen – eventuell über eine Anpassung der Kapazitäten und damit über einen Abbau ab dem Jahr 2025 zu denken“. (Ebd.: 85)

Allerdings lassen sich dagegen auch begründete Einwände erheben. Das soll hier geschehen und im Ergebnis für das Gegenteil der Schlussfolgerung von Fritsch/Piontek plädiert werden.

2. Vier Einwände

Den *ersten* Einwand, den man erheben kann, ist, dass die seinerzeit zugrunde gelegte Prognose abnehmender Studierendenzahlen heute überholt ist, was selbstredend nicht den Autoren anzulasten ist. Nach den aktuellen KMK-Berechnungen ist inzwischen davon auszugehen, „dass die Studienanfängerzahlen bis zum Jahr 2030 auf dem gegenwärtigen Niveau stabil bleiben dürften“ (KMK 2019: 8). Dies dürfte den Bedarf sogar noch unterschätzen, da mangels konkreter Informationen über die vermutliche Entwicklung die Zahl der Studierenden aus dem Ausland von der KMK als konstant gesetzt wird, trotz real steigender Zahlen in der Vergangenheit (ebd.: 32).

Der *zweite* Einwand gegenüber dem Ansatz von Fritsch/Piontek ist die dort betonte hohe Bedeutung studentischer Mobilität. Sie wird empirisch mit dem Grobraster von Wanderungsbewegungen zwischen den Bundesländern belegt und unterstellt letztlich, dass Studienplätze in einer Region kaum Auswirkungen zeitigen, da Studieninteressierte es zu gro-

ßen Anteilen dahinzöge, wo Angebote ihren Interessen entsprechen. Allerdings ist dieses Bild stark durch die Existenz der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen bedingt, die alle weit über ihren Bedarf hinaus Studienplätze anbieten – ohne finanzielle Kompensation übrigens, sieht man von der Einwohnerwertung im Länderfinanzausgleich ab, in der auch wohnsitznehmende Studierende wirksam werden. Dagegen weisen die umliegenden Bundesländer Brandenburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen jeweils hohe Defizite im Verhältnis von Akademikerbedarf und Studierendenzahlen auf (Grözinger 2016).

Die beiden relevanten Studien auf Bundesebene, die studentische Mobilität mit regional differenzierten Distanzwerten und auf Mikroebene untersucht haben, zeigen jedenfalls einen Einfluss des regionalen Studienangebots. Auf der Basis des sozio-ökonomischen Panels wurde berechnet, dass auch unter Einbeziehung einer Reihe von Kontrollvariablen jeder Kilometer Distanz zu einem Hochschulort mehr die Wahrscheinlichkeit der Studienaufnahme um 0,2–0,3 Prozent reduziert (Spiess/Wrohlich 2010). Auf der Basis der Studienberechtigtenpanels des DZHW findet sich in einer anderen Arbeit ebenfalls ein starker negativer Zusammenhang zwischen der Distanz von Schul- zu nächstem Hochschulort und einer tatsächlichen Studienaufnahme. Ohne Kontrollvariablen ist der Effekt im Osten noch stärker als im Westen (Helbig/Jähnen/Marczuk 2017: 64ff.).

Was aus der letztgenannten Untersuchung auch hervorgeht, besteht die bezüglich der Anzahl und Verteilung von Hochschulstandorten besonders schlechte Situation in einem Großteil der östlichen Bundesländer. Wenn man die 16 Bundesländer danach reiht, welcher Studierendenanteil mehr als 30 Kilometer von der nächsten Tertiäreinrichtung entfernt ist, dann benennen die AutorenInnen für alle Hochschulen als ‚Extremwerte‘ (in abnehmender Reihenfolge) Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Brandenburg, für die Universitäten allein Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Bayern, Sachsen-Anhalt, für die Fachhochschulen allein Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Brandenburg, Thüringen (ebd.: 62).

Ein *dritter* Einwand betrifft die von Fritsch/Piontek gewählte Untersuchungsperiode, 1995–2012. Das beinhaltet die Phase großer Wanderungsbewegungen von Ost nach West durch den Zusammenbruch der Industrie und steil abnehmender Geburtenzahlen aufgrund der schlechten Perspektiven für eine Familienbildung. Im Effekt ist im dadurch ausblutenden Osten die Einwohnerzahl wieder auf das Niveau von 1905 zurückgefallen (Rösel 2019). Bei solchen zeitweilig anschwellenden Migrationsströmen der Erwerbspersonen könnte eine gegenläufige Bewegung

der Studierendenzahl tatsächlich zu gering sein, um sich statistisch bedeutend bemerkbar zu machen. Aber diese Bewegung ist heute weitgehend abgeschlossen (Wolff/ Haase/Leibert 2020). Der damit jetzt gefestigtere Zustand bietet eine bessere Basis für einen neuen Versuch, nach etwaigen statistischen Zusammenhängen zu fahnden.

Als *vierter* Einwand schließlich lässt sich formulieren, dass sowohl die Aggregationsebene als auch die fehlende Ost-West-Unterscheidung eine unglückliche Wahl darstellen. Fritsch/Piontek nutzen die 96 Raumordnungsregionen und berechnen durchgehend Korrelationen für Gesamtdeutschland. Aber Raumordnungsregionen, so gute Dienste sie zugegebenermaßen häufig für sozialwissenschaftliche Untersuchungen leisten (Grözinger/Matiaske 2009), könnten hier ein zu grobes Raster darstellen. Die möglichen positiven Wirkungen der Konsumausgaben von Studierenden und hochschulischen Beschäftigten lassen sich vermutlich besser auf Stadt- und Kreisebene mit mehr als viermal so viel Einheiten darstellen, was aber empirisch erst zu überprüfen wäre und im Folgenden geschehen soll.

Zudem sind Ost und West selbst heute noch so unterschiedlich, dass es geboten ist, sie immer getrennt zu untersuchen. Auch dem wird hier Rechnung getragen. Nach üblicher Konvention ist dabei aufgrund des relativ größeren Anteils von West-Berlin die gemischte Raumeinheit Berlin dem Westen zugeschlagen worden. In Übersicht 1 werden zunächst die deskriptiven Werte dargestellt. Man sieht sofort, dass West und Ost nicht nur in der neueren Bevölkerungsentwicklung immer noch auseinanderfallen, sondern auch, dass in den alten Bundesländern relativ mehr Studierende zu verzeichnen sind. Wirklich dramatisch sind dann die unterschiedlichen Bevölkerungsprognosen, besonders verstärkt noch einmal in den für eine Erwerbstätigkeit besonders relevanten Altersgruppen.

Übersicht 1: Deskriptive Werte für die Übersichten 2 und 3

Indikatoren	N	Min.	Max.	Arithm. Ø
Raumordnungsregionen (ROR)				
Bevölkerungsentwicklung 2012–2017 Dtl. in %	96	-3,5	7,1	2,3
Bevölkerungsentwicklung 2012–2017 West in %	75	0,3	7,1	2,9
Bevölkerungsentwicklung 2012–2017 Ost in %	21	-3,5	6,0	0,1
Studierende je 1.000 Einwohner 2017 Dtl.	96	0	94	29
Studierende je 1.000 Einwohner 2017 West	75	0	94	31
Studierende je 1.000 Einwohner 2017 Ost	21	2	39	21

Indikatoren	N	Min.	Max.	Arithm. $\bar{\phi}$
Kreise/Städte (K/R)				
Bevölkerungsentwicklung 2012–2017 Dtl. in %	401	-4,6	11,7	2,2
Bevölkerungsentwicklung 2012–2017 West in %	325	-2,4	9,1	2,8
Bevölkerungsentwicklung 2012–2017 Ost in %	76	-4,6	11,7	-0,3
Studierende je 1.000 Einwohner 2017	401	0	382	28
Studierende je 1.000 Einwohner 2017 West	325	0	382	30
Studierende je 1.000 Einwohner 2017 Ost	76	0	197	21
Bevölkerungsprognose Dtl. 2017–2035 in %	401	-25	16	-3
Bevölkerungsprognose West 2017–2035 in %	325	-15	15	-1
Bevölkerungsprognose Ost 2017–2035 in %	76	-25	16	-14
Bevölkerungsprognose Dt. 2017–2035 30–45 J. in %	401	-58	38	-7
Bevölkerungsprognose West 2017–2035 30–45 J. in %	325	-19	38	0
Bevölkerungsprognose Ost 2017–2035 30–45 J. in %	76	-58	9	-37
Bevölkerungsprognose Dt. 2017–2035 45–65 J. in %	401	-43	30	-19
Bevölkerungsprognose West 2017–2035 45–65 J. in %	325	-37	22	-17
Bevölkerungsprognose Ost 2017–2035 45–65 J. in %	76	-43	30	-25

In Übersicht 2 werden aktuelle Korrelationen zwischen dem Anteil der Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen an der Bevölkerung und der letztvorliegenden Angabe der zensusbasier-ten Bevölkerungsentwicklung sowie deren Signifikanzniveaus wiedergegeben. Alle Daten dafür wurden der Regionaldatenbank des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung INKAR entnommen (<https://www.inkar.de/>). Damit wird auf die zentrale Berechnung von Fritsch/Piontek Bezug genommen, wo für die oben genannte frühere Periode Veränderungen in der Bevölkerungszahl und der der Studierenden korrelativ überprüft wurden, dort letztlich ohne positives Ergebnisse (Ebd.: 76f).

Übersicht 2: Korrelationskoeffizienten zwischen dem Studierendenanteil 2017 und der Bevölkerungsentwicklung 2012–2017

	Deutschland	West	Ost
Raumordnungsregionen	0,209	-0,003	0,528
Signifikanz	**	/	**
Städte/Kreise	0,327	0,311	0,511
Signifikanz	***	***	***

Die hier aufgefundene positive Korrelation auf Raumordnungsregionsebene ist für Gesamtdeutschland auch nur ganz knapp auf der 5-Prozent-Ebene signifikant, auf der der Kreise/Städte dagegen hochsignifikant und

auch stärker. In beiden Fällen ist aber der Ost/West-Unterschied von hoher Bedeutung. Auf Raumordnungsebene treibt sogar ausschließlich die Situation in den neuen Bundesländern den Zusammenhang. Auf der Ebene von Kreisen/Städten dagegen zeigen beide Gebiete positive und hochsignifikante Werte, doch der Effekt im Osten ist sehr viel mächtiger. Die besseren Signifikanzen zeigen darüber hinaus, dass für die hier diskutierte Frage Städte/Kreise die bessere Analyseebene darstellen als Raumordnungsregionen.

Eine immer berechtigte Frage ist, inwieweit Korrelationen aussagefähig genug sind, einen Zusammenhang zu belegen. Es wäre ja denkbar, dass gemeinsame andere Variablen zu diesem Ergebnis führen. In einführenden Lehrbüchern wird dabei gerne auf den historischen statistisch positiven Zusammenhang von der Abnahme der regionalen Storchpopulation und der menschlichen Geburten verwiesen, die natürlich funktional nichts miteinander zu tun haben, sondern durch beide tangierende Prozesse von Industrialisierung und Urbanisierung getrieben wurde.

Im Untersuchungsfall hier sind solche anderen Variablen als eventuelle eigentliche Ursache schwer zu identifizieren. Statistisch korrelieren auf regionaler Ebene sehr viele potentiell relevante Größen mit Studierendenanteil und Bevölkerungsveränderung, wie etwa Haushaltseinkommen oder Urbanität. Das macht eine methodisch saubere Trennung von Einflüssen schwierig und verlangt einen großen Datenkranz. Eine über eine lange Periode durchgeführte, sehr komplexe statistische Analyse neugegründeter Hochschulen samt Kontrollgruppe in den USA kam jedenfalls zu dem Ergebnis, dass diese positiv zum regionalen Bevölkerungswachstum beitragen (Cermeño 2019).

Man kann drei Argumente anführen, warum die hier dargestellte einfache Korrelation doch gehaltvoll ist:

- Erstens gehören auch Studierende zur Bevölkerung, auch wenn dort nicht immer alle Wohnsitz genommen haben und somit statistisch dann auch nicht erfasst sind.
- Zweitens sind viele Hochschulstandorte historisch, besonders aber in dem Bildungsaufbruch der 1970er Jahre (Burs 2010) und dann wieder in der Wiedervereinigung (Larmann 2014), bewusst in eher strukturschwachen und weniger in bereits prosperierenden Regionen mit Zukunftsperspektive angesiedelt worden. Sie befinden sich also in einem wirtschaftlich eher schwierigen Umfeld.
- Drittens ist aufgrund des starken staatlichen Finanzierungsanteils der Nachfrageumfang von Hochschulen einschließlich der Konsumausgaben der Studierenden nicht vernachlässigbar und weitgehend unab-

hängig von der sonstigen, möglicherweise prekären Wirtschaftsstruktur. Das stabilisiert die lokale Ökonomie.

Das Gewicht davon ist auch der Hintergrund für die Entscheidung, hier eine Bestandsgröße (Studierende) mit einer Stromgröße (Bevölkerungsentwicklung) in Beziehung zu setzen. Der mit aller Vorsicht aus den Ergebnissen in Übersicht 2 zu ziehende praktische Schluss ist deshalb, dass in Deutschland, besonders aber in den östlichen Bundesländern, der Ausbau oder eine Neuansiedlung von Hochschulen einem Bevölkerungsabbau durchaus effektiv entgegenwirken können.

Nun mag man weiter kritisch einwenden, dass die Bevölkerungsentwicklung 2012–2017 als Basis der Korrelationsrechnung doch wieder eine relativ kurze Periode beschreibt und, da natürlich von der Anlage her retrospektiv, für sich genommen vielleicht auch eine problematische Basis für eine weit über die Gegenwart hinausreichende Politikempfehlung darstellt. Beide Einwände werden durch eine zweite Berechnung aufgegriffen. Sie widmet sich der Frage, ob man auch in der Zukunft einen positiven demografischen Einfluss von der Anzahl der Studierenden an Hochschulen erwarten darf. Basis sind wieder die 401 Kreise/Städte; die benutzten Bevölkerungsprognosen sind CIMA-basiert.¹

Übersicht 3: Korrelationskoeffizienten zwischen dem Studierendenanteil 2017 und der Bevölkerungsprognose 2017–2035

	Deutschland	West	Ost
Gesamt	0,370	0,374	0,653
Signifikanz	***	***	***
Altersgruppe 30–45	0,426	0,649	0,719
Signifikanz	***	***	***
Altersgruppe 45–65	0,479	0,450	0,714
Signifikanz	***	***	***

Das Ergebnis ist auch hier eindeutig. Es gibt einen positiven und hochsignifikanten Zusammenhang zwischen dem Studierendenanteil an der Bevölkerung und deren prognostizierter Gesamtentwicklung in Gesamtdeutschland, aber auch in beiden Teilen getrennt. Der Effekt im Osten ist jedoch erheblich stärker. Gleiches gilt für die beiden relevanten Erwerbstätigengruppen nach einer eventuellen Ausbildungsphase, also derer im Alter von 30–45 Jahren und derer von 45–65 Jahren. Hier sind jeweils die

¹ Ich bedanke mich beim CIMA Institut für Regionalwirtschaft GmbH für die Überlassung des Datensatzes.

Effekte noch ausgeprägter, und der korrelative Zusammenhang in den östlichen Bundesländern übertrifft den in den westlichen.

3. Fazit

Damit steht eine Politikempfehlung auf relativ solidem Grund. Der Ausbau bzw. auch eine bewusste Neuansiedlung von Hochschulen in bis dato unterversorgten Gebieten vermag potenziell den zu erwartenden drastischen Bevölkerungsrückgang in vielen Regionen wenigstens abzufedern. Das gilt noch einmal verstärkt für die Situation in den östlichen Bundesländern. Denn dort wird der Fachkräftemangel, besonders im ländlichen Raum, als das Hauptproblem zukünftiger wirtschaftlicher Entwicklung gesehen und deshalb auf Förderung der Zuwanderung von außen gedrängt, etwa durch das ifo-institut (Ragnitz 2019). Dem DIW mit ähnlicher Analyse ist in seinen Schlussfolgerungen nur zuzustimmen:

„Statt kurzfristig wirkende Maßnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation sollte die Politik die strukturelle Verwundbarkeit der Wirtschaft und die demografische Situation in stärkerem Maße in den Blick nehmen, auch und gerade wenn diesen Herausforderungen nur mit längerfristigen Investitionen begegnet werden kann“ (Franz/Fratzscher/Kritikos 2019: 602ff.).

Dass Hochschulen dazu einen wichtigen Beitrag leisten können, wird leider selten mitbedacht. Nun ist Bildungspolitik zwar Ländersache, aber tatsächlich interveniert der Bund beständig mit zahlreichen milliarden-schweren Programmen, z.B. Hochschulpaktmitteln. Warum also nicht auch von Bundesseite her eine Neuansiedlung von Hochschulen in Gebieten fördern, die mit einem hohen Bevölkerungsrückgang zu kämpfen haben werden?

Das förderte nicht nur das heimische Potential von Studienfähigen, sondern zöge auch Studierende und damit potentiell junge Erwerbstätige von außen an. Niedrige Mieten und gute Studienbedingungen statt teurer Städte und überfüllter Hochschulen andernorts könnten sogar attraktiv sein. Sollten manche Studieninteressierte von außerhalb anfänglich noch etwas zögerlich sein, in recht entlegen scheinende und eher dünn besiedelte Regionen zu ziehen, könnte man das für eine Anschubphase durchaus auch mit einer Willkommensprämie von z.B. 1.000 Euro bei nachgewiesener Ersteinschreibung und Wohnsitznahme versüßen. Und wenn das nach der ersten versuchsweisen Erprobung noch nicht langt, kann man nachschärfen.

Das Instrument wäre auch gar nicht auf Neugründungen zu beschränken, sondern sollte auch auf schon existierende Hochschulen ausgedehnt werden, sofern sie sich in demografisch herausgeforderten Gebieten be-

finden. Eine solche staatliche Förderung als Gegengewicht zu sonst drohenden Abwanderungen wäre übrigens kein völliges Novum. Seit einigen Jahren haben zahlreiche Bundesländer etwa Programme dafür aufgelegt, wenn in unterversorgten Gebieten Landarztpraxen eröffnet oder übernommen werden.² Und natürlich muss man auch an begleitende Programme denken, so den Ausbau des Bahnverkehrs für die aus anderen Gebieten kommenden Studierenden wie auch solche für die regionalen Schulen mit dem Ziel einer Stärkung des Anteils der Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung.

Man mag einwenden, dass ein Abzug nicht nur von Studierenden, sondern damit verbunden auch von Forschung die dann eventuell etwas abgebenden Einrichtungen im Westen schwächen könnten. Aber dass Größe und Output bei Hochschulen immer positiv verbunden sind, ist mehr viel geglaubt als sicher belegt (Grözinger 2021). Die USA etwa haben deshalb in der staatlichen Forschungsförderung im Ergebnis auch erfolgreiche Programme aufgelegt, um kleinere Universitäten in ärmeren Bundesstaaten gesondert zu unterstützen (Grözinger/Fromm 2013).

Neben der durch eine Hochschulansiedlung oder einem -ausbau entstehenden positiven Dynamik durch Stärkung der lokalen Kaufkraft, Innovationsunterstützung und besserer Sicherung eines qualifizierten Arbeitskräftepools ist noch ein möglicher externer positiver Effekt zu bedenken. Der große Erfolg der rechtspopulistischen und demokratiegefährdenden AfD in den neuen Bundesländern hat viel mit dem dort erfahrenen und zukünftig noch zu erwartenden Bevölkerungsrückgang vor allem auf dem Lande zu tun (Grözinger 2017). Eine aktive Politik, die hier gegensteuert, kann nicht nur diesen Wirkzusammenhang der Verbitterung aufzubrechen helfen. Durch eine besser gebildete Bevölkerung wird der AfD-Einfluss auch noch direkt gemildert, denn von Abitur aufwärts schmilzt die Attraktivität dieser Partei bei Wahlen erheblich (Grözinger 2019).

Literatur

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind, Berlin.

Bräuninger, Michael/Mark-Oliver Teuber (2016): Bevölkerungsprognosen und ihre Interpretation, in: Wirtschaftsdienst 6/2016, S. 444–446.

² <https://www.lass-dich-nieder.de/berufsalltag/foerderung/zukuenftige-landaerzte-lass-dich-foerdern.html> (21.6.2021)

- Burs, Matthias (2010): Diskursiver Wandel und räumliche Bezüge in der deutschen Hochschulentwicklung. in: die hochschule. Journal für Wissenschaft und Bildung 2/2010, S. 140–153.
- Cermeño, Alexandra (2019): Do Universities Generate Spatial Spillovers? Evidence from US Counties between 1930 and 2010, in: Journal of Economic Geography 6/2019, S. 1173–1210.
- DIW econ. (2013): Berliner Universitäten als Wirtschaftsfaktor. Die regionalökonomischen Effekte der Berliner Universitäten. Berlin.
- Franz, Christian/Marcel Fratzscher/Alexander S. Kritikos (2019): Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht, 34/2019, S. 591–602.
- Fritsch, Michael/Tobias Henning/Viktor Slavtchev/Norbert Steigenberger (2007): Hochschulen, Innovation, Region, Nomos, Berlin.
- Fritsch, Michael/Matthias Piontek (2015): Regionaler demografischer Wandel und Hochschulentwicklung, in: Michael Fritsch/Peer Pasternack/Mirko Titze (Hg.), Schrumpfende Regionen – dynamische Hochschulen, Springer VS, Wiesbaden, S. 59–88.
- Grözing, Gerd (2017): Der Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Eine regionalorientierte Analyse, Internationales Institut für Management und ökonomische Bildung, Discussion Paper Nr. 27, Flensburg.
- Grözing, Gerd (2016): Bildungsfinanzierung und Föderalismusversagen, in: Lutz Bellmann/Gerd Grözing (Hg.), Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft 2016. Bildung in der Wissensgesellschaft, Metropolis, Marburg, S. 135–152.
- Grözing, Gerd (2019): Wahlen. Die AfD als Ostphänomen, in: Wirtschaftsdienst 9/2019, S. 600–601.
- Grözing, Gerd (2021): Groß ist gut, klein bloß charmant? Gibt es eine angemessene Größe für Universitäten? Welche Vor- und Nachteile hat ihre Größe für die Qualität von Forschung und Lehre? Eine Analyse, in: Forschung & Lehre 1/2021, S. 8–9.
- Grözing, Gerd/Nadin Fromm (2013): Auch Breitenförderung statt ausschließlich Spitzenförderung. Warum EPSCoR ein Vorbild für die DFG sein könnte, in: Edgar Grande/Dorothea Jansen/Otfried Jarren/Arie Rip/Uwe Schimank/Peter Weingart (Hg.), Neue Governance der Wissenschaft. Reorganisation – externe Anforderungen – Medialisierung, transcript, Bielefeld, S. 113–135.
- Grözing, Gerd/Wenzel Matiaske (2009): Regional Data, in: Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (Hg.), Building on Progress. Expanding the Research Infrastructure for the Social, Economic, and Behavioral Sciences, Bd. 1, Budrich UniPress, Opladen/Farmington Hills, S. 341–352.
- Helbig, Marcel/Stefani Jähnen/Anna Marczuk (2017): Eine Frage des Wohnorts. Zur Bedeutung der räumlichen Nähe von Hochschulen für die Studienentscheidung in Deutschland, in: Zeitschrift für Soziologie 1/2017, S. 55–70.
- Kultusministerkonferenz (KMK) (2019): Vorausberechnung der Anzahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2019–2030, Dokumentatipon Nr. 219, Bonn.
- Larmann, Veit (2014): Kleine Hochschulen in strukturschwachen Lagen, in: die hochschule. Journal für Wissenschaft und Bildung 1/2014, S. 176–189
- Ragnitz, Joachim (2019): Ostdeutschland im globalen Wettbewerb. Zuwanderung tut not, in: ifo Dresden berichtet 3/2019, S. 3–5.
- Rösel, Felix (2019): Die Wucht der deutschen Teilung wird völlig unterschätzt, in: ifo Dresden berichtet 3/2019, S. 23–25.

- Schlömer, Claus/Hansjörg Bucher/Jana Hoymann (2015): Die Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn.
- Spiess, Katharina/Katharina Wrohlich (2010): Does Distance Determine Who Attends a University in Germany?, in: *Economics of Education Review* 3/2010, S. 470–479.
- Wolff, Manuel/Annegret Haase/Tim Leibert (2020): Mehr als Schrumpfung und Wachstum? Trends der demographischen Raumentwicklung in Deutschland nach 2011, UFZ Discussion Paper 1/2020, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), Leipzig.

INHALT

FORUM

Tina Paul:

Von ‚Behältern‘ und ‚Systemen‘. Deutsch-chinesische Wissenschafts-kooperation aus der Sicht deutscher Forscherinnen und Forscher.....5

Josephine B. Schmitt, Matthias Begeat, Maximilian Brenker, Christoph Bieber:

Interdisziplinarität in der Digitalisierungsforschung. Notwendigkeit oder leeres Versprechen für progressives wissenschaftliches Arbeiten? 19

Shiva Stucki-Sabeti, Barbara Bonhage:

Zusammenarbeit zwischen Expertinnen und Experten an Fachhochschulen. Cluster an der Hochschule Luzern Wirtschaft 32

Gerd Grözinger:

Hochschul- und Regionalpolitik zusammen denken. Die Relevanz von Studierenden für die demografische Entwicklung.....45

Marlene-Anne Dettmann, Katharina Scholz:

Service User Involvement in der Hochschulqualifizierung für Soziale Arbeit. Chancen und Wirkungen 56

Hendrik Berghäuser:

Die Verankerung der dritten Mission in der deutschen Hochschulgovernance.....70

Stephanie K. Cesca, Franziska Schulze-Stocker:

Tabuthema Studienabbruch?! Differenzen in den Selbst- und Fremdzuschreibungen von Gründen für einen Studienabbruch.....84

Julian Schenke:

Studentenbewegung und Studentenprotest. Zum Wandel eines Prägefaktors politischer Kultur.....99

PUBLIKATIONEN

Rezension: Wolf Wagner: Ein Leben voller Irrtümer. Autobiografie
eines prototypischen Westdeutschen (*Peer Pasternack*)116

Peer Pasternack, Daniel Hechler, Daniel Watermann:

Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen
in Ostdeutschland seit 1945.....119

Autorinnen & Autoren.....148

Autorinnen & Autoren

Matthias Begeat, Dr. phil., Kommunikationswissenschaftler, Leiter des Bereichs Wissenschaftskommunikation am Center for Advanced Internet Studies (CAIS). eMail: Matthias.Begeat@cais.nrw

Hendrik Berghäuser, Dr. rer. pol., Politikwissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Competence Center Politik und Gesellschaft des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI. eMail: hendrik.berghaeuser@isi.fraunhofer.de

Christoph Bieber, Prof. Dr. rer. soc. habil., Politikwissenschaftler, Leiter des CAIS-Forschungsinubator am Center for Advanced Internet Studies (CAIS) sowie Inhaber der Welker-Stiftungsprofessur für „Ethik in Politikmanagement und Gesellschaft“ an der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen. eMail: Christoph.Bieber@cais.nrw

Barbara Bonhage, Prof. Dr., Wirtschaftshistorikerin, Hochschule Luzern – Wirtschaft. eMail: barbara.bonhage@hslu.ch

Maximilian Brenker M.A., Sozialwissenschaftler, Referent für Strategie und Organisation am Center for Advanced Internet Studies (CAIS). eMail: Maximilian.Brenker@cais.nrw

Stephanie K. Cesca, Dipl.-Soz., Soziologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Qualitätsanalyse (ZQA), TU Dresden. eMail: Stephanie.Cesca@tu-dresden.de

Marlene-Anne Dettmann, Prof. Dr., Professur für Ökonomie und Management in der Sozialen Arbeit an der HAW Hamburg am Department Soziale Arbeit. eMail: marlene-anne.dettmann@haw-hamburg.de

Gerd Grözinger, Prof. Dr., Ökonom und Soziologe, Professor für Sozial- und Bildungsökonomik am Internationalen Institut für Management und ökonomische Bildung der Europa-Universität Flensburg (i.R.). eMail: groezing@uni-flensburg.de

Daniel Hechler M.A., Politikwissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; www.peer-pasternack.de

Tina Paul, Dr. phil., Wirtschaftssinologin, Projektmitarbeiterin an der Fakultät Angewandte Sprachen und Interkulturelle Kommunikation der Westsächsischen Hochschule Zwickau. eMail: tina.paul@fh-zwickau.de

Julian Schenke, Dr. disc. pol., Politikwissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen. eMail: julian.schenke@uni-goettingen.de

Josephine B. Schmitt, Dr. rer. soc., Psychologin, Forschungsreferentin am Center for Advanced Internet Studies (CAIS). eMail: Josephine.Schmitt@cais.nrw

Katharina Scholz, B.A., Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin, Studentin im Masterstudiengang Soziale Arbeit an der HAW Hamburg. eMail: katharina.scholz@haw-hamburg.de

Franziska Schulze-Stocker, Dr., Bildungswissenschaftlerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Qualitätsanalyse (ZQA), TU Dresden. eMail: Franziska.Schulze-Stocker@tu-dresden.de

Shiva Stucki-Sabeti M.A., Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Luzern – Wirtschaft. eMail: shiva.stucki-sabeti@hslu.ch

Daniel Watermann, Dr. phil., Sozialwissenschaftler und Historiker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: daniel.watermann@hof.uni-halle.de

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Daniel Watermann

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg

<https://www.diehochschule.de>

Kontakt Redaktion: daniel.watermann@hof.uni-halle.de

Kontakt Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der „hochschule“ erscheinen die „HoF-Handreichungen“, die sich vor allem dem Transfer hochschulforscherischen Wissens in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Inhaltlich ist „die hochschule“ vorrangig an Beiträgen interessiert, die Themen jenseits des Mainstreams oder Mainstream-Themen in unorthodoxen Perspektiven behandeln. Eingereicht werden können Texte, die (a) auf empirischer Basis ein nachvollziehbar formuliertes Problem aufklären oder/und (b) eine theoretische Perspektive entfalten oder/und (c) zeitdiagnostisch angelegt sind, ohne reinen Meinungsartikel zu sein. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: www.diehochschule.de >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatte“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm) und die Schriftenreihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ beim BWV Berliner Wissenschafts-Verlag. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter <https://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews>